

ÄNDERUNGSANTRAG Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) Stadträtin Dr. Dorothea Polle-Holl (GRÜNE) Stadtrat Manfred Schubnell (GRÜNE) vom 2. März 2010	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	8. Plenarsitzung Gemeinderat 02.03.2010 302 11 öffentlich
Alternativen zum Kommunalen Ordnungsdienst		

1. Die Stadtverwaltung legt dar, mit welchen unterschiedlichen Maßnahmengruppen den verschiedenartigen Konflikten oder subjektiv wahrgenommenen Störungen in der Innenstadt nachhaltig begegnet werden kann (z. B. durch zusätzliche Straßensozialarbeiter, bessere Verkehrskontrollen, Maßnahmen des Jugendschutzes u. Ä.).
2. Es wird geprüft, welcher Personalaufwand mit Durchführung der o. g. Maßnahmen verbunden wäre und welche Qualifikation für die verschiedenen Tätigkeiten jeweils erforderlich ist.
3. Anhand der Ergebnisse berät der Hauptausschuss unter Berücksichtigung der aktuellen Haushaltssituation über weitere Schritte zur Verbesserung der Situation in der Innenstadt. Die Beratungsergebnisse fließen in den Stellenplan zum DHH 2011/12 ein.
4. Unabhängig davon, ob sich der Gemeinderat mehrheitlich für oder gegen einen kommunalen Ordnungsdienst entscheidet, findet keine Beschäftigung ehrenamtlicher Kräfte nach dem Vorbild des Freiwilligen Polizeidienstes statt.
5. Stattdessen initiiert und unterstützt die Verwaltung die Gründung eines ehrenamtlich getragenen Bündnisses mit dem Ziel, Zivilcourage in unserer Stadt zu fördern. Dabei wird eine enge Vernetzung mit den bestehenden sozialen Initiativen und Einrichtungen angestrebt.
6. Der Gemeinderat fordert die Stadt auf, gemeinsam mit anderen Städten und dem Städtetag bei der Landesregierung die Erfüllung der Landesaufgabe „Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung“ einzufordern.

Sachverhalt / Begründung:

Zur Entschärfung mancher Konflikte oder subjektiv wahrgenommener Störungen in der Innenstadt kann eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen beitragen. Diese Maßnahmen reichen von einer Kontrolle des ruhenden Verkehrs über die Schlichtung kleiner Streitigkeiten in der Innenstadt bis hin zu Aufgaben der Straßensozialarbeit oder der Kriminalitätsbekämpfung.

Ein kommunaler Ordnungsdienst, dem gleichzeitig all diese unterschiedlichsten Aufgaben aufgebürdet werden sollen, der aber andererseits auch nichts kosten darf, wäre hiermit komplett überfordert. Das bisher vorliegende Konzept ist nach Ansicht der GRÜNEN Fraktion von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Anstelle der Einrichtung eines kommunalen Ordnungsdienstes ist zunächst eine umfassende Bedarfsanalyse notwendig. Erst wenn geklärt ist, welche Aufgaben konkret zu erledigen sind und welche Qualifikation hierfür jeweils erforderlich ist, kann ggf. über notwendige Ergänzungen im Stellenplan nachgedacht werden.

Keinesfalls dürfen ehrenamtliche Kräfte Aufgaben übernehmen, für die das Land zuständig ist und die ausschließlich von gut qualifizierten Polizisten erledigt werden können.

unterzeichnet von:

Bettina Lisbach

Dr. Dorothea Polle-Holl

Manfred Schubnell

Hauptamt - Sitzungsdienste -

2. März 2010